

Im Blick der Öffentlichkeit: Friedens- und Rüstungspolitik

Angesichts weltweiter Krisenherde, deutscher Waffenexporte in Spannungsgebiete wurde die Debatte zur Rüstungsproduktion versus Rüstungskonversion, zu Frieden und Abrüstung neu belebt.

Laut Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI liegt Deutschland nach den USA und Russland unverändert auf Platz drei der Weltrangliste der Rüstungsexporteure. Im vergangenen Jahr haben deutsche Konzerne Rüstungsgüter im Wert von 5,8 Milliarden Euro exportiert, so die offiziellen Daten des „Rüstungsexportbericht 2013“ der Bundesregierung. Eine Steigerung um 24 Prozent bzw. von 1,14 Milliarden Euro gegenüber 2012 – ein prosperierender Geschäftsbereich. 62 Prozent der Exporte gingen in Länder außerhalb der Europäischen Union und der NATO, deutlich mehr als im Jahr zuvor. Unter den größten Empfängerländern von Rüstungsgütern waren allein drei aus dem arabischen Raum – Algerien, Saudi-Arabien und Katar –, die nicht nur als Spannungsgebiete gelten, sondern auch als Länder mit massiven Menschenrechtsverletzungen. Nach Angaben der Rüstungsindustrie wird in der Branche jährlich ein Umsatz von 16 Milliarden Euro erwirtschaftet.

Auf die Äußerungen von Wirtschaftsminister Gabriel, künftig die Genehmigung von Rüstungsexporten restriktiver zu handhaben, drohten die Rüstungsmanager lautstark mit dem Verlust und der Verlagerung Arbeitsplätzen. Seit Jahren wird die Zahl der Rüstungsarbeitsplätze in Deutschland mit 80.000 beziffert. Unterscheidet man jedoch zwischen Kriegswaffenproduktion im engeren Sinne und Dual-Use-Produktion, also Produkte, die zivil als auch militärisch genutzt werden können, geht selbst der Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) in der von ihm in Auftrag gegebenen Studie „Quantifizierung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ von weniger als 20.000 Beschäftigten im Kernbereich Kriegswaffenproduktion aus. Darunter fallen laut Studie „Waffensysteme, Waffen und Munition, Panzer, Kriegsschiffe“.

„Katastrophenszenario“: Neue Rüstungsspielerale wird in Gang gesetzt

Im Herbst 2014 überschlugen sich alarmierende Meldungen über den „desolaten“ Zustand der Bundeswehr. Das Katastrophenszenario trug den Titel: Die wirtschaftspolitisch stärkste Kraft in der Europäischen Union unterhält eine Armee, die weder fahren, noch fliegen, noch schwimmen kann. Für die deutschen

Waffenproduzenten kamen die öffentlich diskutierten Ausrüstungsmängel zum richtigen Zeitpunkt. Bangen doch der Düsseldorfer Mischkonzern Rheinmetall und die in Süddeutschland ansässige Rüstungsschmiede Krauss Maffei Wegmann (KMW) um wegbrechende profitable Aufträge aus dem arabischen Raum. Der bayerische Waffenproduzent MBDA fürchtet um das Nachfolgeprojekt für die „Patriot“-Raketenbatterien, das Raketenabwehrsystem Meads.

Für die großkoalitionären Wehrpolitiker war dies eine gelungene Vorlage, um mehr Geld zur Finanzierung neuer Rüstungsprojekte zu fordern. Dabei geht es u.a. um ein Entwicklungsprogramm für den neuen Leopard-3-Panzer und die kurzfristige Aufstockung der vorhandenen 250 Leopard-2-Panzer. Vom Schützenpanzer GTX Boxer sollen weit mehr als die vorgesehenen 190 Exemplare angeschafft werden und über das Luftabwehrsystem Meads (Medium Extended Air Defence System – Luftabwehrsystem mit mittlerer Reichweite) soll schnell eine Entscheidung fallen.

Es ist zu vermuten, dass im Interesse der Rüstungsindustrie eine neue Debatte um die Höhe des Verteidigungshaushaltes im Einzelplan 14, der in 2014 eine Höhe von 32,4 Milliarden.Euro aufweist, los getreten wird. Für dieses Ansinnen hat schon vor über einem Jahr – am 03. Oktober 2013 – Bundespräsident Joachim Gauck den politischen Nährboden bereitet, als er erklärte: „die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt müsse sich stärker als bisher an der Lösung globaler Konflikte auch militärisch beteiligen.“

Rüstungsindustrie kein „Technologiemotor der deutschen Industrie“

Die Lautstärke der öffentlichen Debatte – angeführt von Rüstungsmanagern und -lobbyisten sowie von Wehrpolitikern darf nicht dazu führen, die Bedeutung der Sicherheits- und Wehrtechnik über zu bewerten. Die Branche ist nicht der „Technologiemotor der deutschen Industrie“. Tatsächlich spielt die „Musik“ für Technologieentwicklungen in den zivilen Branchen der Industrie. Die so genannten „Spin-offs“ (Übernahme von Technik) der Rüstungsbranche haben nur bedingt Auswirkungen auf den zivilen Sektor.

Aktuell prägen Lieferverzögerungen, Kostensteigerungen und reduzierte Stückzahlen das Verhältnis von Bundeswehr und Rüstungsindustrie. Es ist davon auszugehen, dass sich ein industrieller Umbau vollzieht, der einerseits zu einer höherwertigeren Ausrüstung führt und andererseits ein Rückgang der Stückzahlen zur Folge hat. Der Umbruch vollzieht sich in der Branche schon jetzt sichtbar, denn der bisher enge Focus auf Waffen- und Trägersysteme wird um die Technologie für die innere Sicherheit, Cyber-Security und Grenz- und Flüchtlingskontrolle (Drohnen) erweitert. Daneben entwickeln sich europäische Unternehmenszusammenschlüsse beispielsweise zwischen Krauss Maffei

Wegmann (KMW) mit dem französischen Hersteller Nexter bzw. der Aufbau eines deutschen Heerestechnikherstellers – KMW und Rheinmetall, während Airbus Teile des Rüstungsgeschäftes abstößt.

Die IG Metall weist in ihrem Positionspapier zur „Entwicklung der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland“ daraufhin, dass „volumenstarke Beschaffungsvorhaben in Europa weitgehend vergeben“ sind und „Großprojekte in den nächsten Jahren aufgrund der Sicherheitspolitik und der Haushaltssituation bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr zu erwarten“ sind. Von der Entwicklung schrumpfender Märkte sind gleichfalls alle anderen europäischen Rüstungshersteller betroffen, so dass verstärkt der Export ins außereuropäische Ausland die Probleme der Branche lösen soll. In europäischen Gemeinschaftsprojekten wird wegen der Ankündigung einer restriktiven Exportpolitik in Deutschland von „Germanfree“ als Markenzeichen gesprochen, um den Export dieser Gemeinschaftsprodukte zu befördern.

Das ändert nichts an der Tatsache, dass die drittgrößte Rüstungsexportnation zu Recht im kritischen Blickfeld der Öffentlichkeit steht, schließlich handelt es sich bei Rüstungsgütern um Waffen mit denen Menschen getötet werden. Deshalb dürfen Entscheidungen über Waffenbeschaffungen und Rüstungsexporte nicht in den Händen der Industrie liegen, sondern müssen durch eine demokratische Politik legitimiert werden. Dies gilt für die Entwicklung und Produktion von Drohnen sowie deren Einsatz genauso wie für die Ausrüstung und Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Da die IG Metall zuständig ist für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, verwundert es nicht, dass die aktuellen öffentlichen Diskussionen über die Produktion von Drohnen, Rüstungsexporte auch in der Gewerkschaft kontroverse Debatten ausgelöst haben und Forderungen nach Rüstungskonversion wieder laut wurden.

Rüstungskonversion vorantreiben

Die gewerkschaftlichen Positionen sind eindeutig: „Rüstungsexporte müssen dauerhaft reduziert, Rüstungsausgaben nachhaltig gesenkt werden.“ (DGB-Grundsatzprogramm von 1996) Die IG Metall bekräftigte ihre friedenspolitischen Positionen auf dem Gewerkschaftstag 2011 in Karlsruhe: Senkung der Rüstungsausgaben, keine Unterstützung von Kriegen und kriegsähnlichen Handlungen, auf Konversion von Rüstungsprodukten hinwirken, wobei der notwendige strukturelle Wandel nicht zulasten der Arbeitnehmer gehen dürfe.

Trotz eindeutiger Beschlusslage bricht in Zeiten, in denen sich in der Rüstungsindustrie wirtschaftliche Probleme abzeichnen, die Diskrepanz zwischen gewerk-

schaftlichem Anspruch und betrieblicher Praxis immer wieder auf.¹ Dies wurde im Juli 2014 erneut offenkundig, als sich rund 20 Betriebsratsvorsitzende aus Rüstungsbetrieben per Brief an den Bundeswirtschaftsminister wandten und „eine klare Linie der Bundesregierung“ über die künftige Ausstattungsstrategie bei der Bundeswehr sowie bei den Richtlinien für den Rüstungsexport ins Ausland einforderten.

Diese Debatte ist für die IG Metall, die für die Beschäftigten in der Branche Wehrtechnik zuständig ist, nicht neu. Bereits in den 1980er/90er Jahren drohten Teilen der Rüstungsindustrie gravierende Auftragsrückgänge: Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Tornados war 1987 abgeschlossen und weitere große Beschaffungen, wie Fregatten und Leopard-Panzer, liefen aus. Zusätzlich bremste die sinkende Kaufkraft von Entwicklungsländern das rasante Wachstum der Waffenexporte. Deshalb können einige Rückblicke hilfreich sein.

Arbeitskreise „Alternative Fertigung“

Von Arbeitslosigkeit bedroht, gründeten Ende der 1980er Jahre aktive Metalller, IG Metall-Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder vor allem in norddeutschen Rüstungsunternehmen Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ – bei HDW und Blohm & Voss in Hamburg, Krupp MaK in Kiel sowie Daimler Benz Aerospace Airbus und Atlas Elektronik in Bremen.

Die Arbeitskreise setzten sich zum Ziel, Produkte und Produktionsstrukturen zu entwickeln, die gesellschaftlich sinnvoll, ökologisch vertretbar und marktfähig sind.² Dabei wurden sie von Wissenschaftlern durch Expertisen unterstützt. Innerbetrieblich setzten sie auf eine offene Informationspolitik über die Hintergründe, Strategien und Ziele der Konversion. Damit sollten Arbeitsplatzängste abgebaut und die Bereitschaft zur Beteiligung an der Erarbeitung von Alternativvorschlägen geweckt werden.

Diese Aktivitäten zeigten trotz Rückschlägen durchaus auch Erfolge. In Kiel ist es z.B. in den 1980er Jahren gelungen, den Lokomotivbau durch die Initiative des Arbeitskreises Alternative Produktion bei Krupp-Mak in Kiel zu erhalten und neu zu entwickeln (Schleswig-Holstein-Lok). Das Konversions-Motto „Loks statt Leos“ wurde 2001 realisiert, nachdem die Vossloh Schienenfahrzeugtechnik GmbH die

¹ Klaus Schomacker/Peter Wilke/Herbert Wulf: Alternative Produktion statt Rüstung, Köln 1987. Um den Rüstungslobbyismus einzudämmen, gründete die IG Metall Ende der 1970er Jahre einen Arbeitskreis „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“, dessen Ziel es sein sollte, alternative Produktion zu erleichtern. Entsprechend heißt es in der Entschliebung 7 des IG Metall Gewerkschaftstages 1977: „... schrittweise Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion ... auf der Basis vorhandener hochentwickelter Technologien“.

² Vgl. Rüstungskonversionsansätze in der Metallwirtschaft – Fortschreibung des „Arbeitsprogramms der Rüstungskonversion“ der IG Metall, Schriftenreihe 143, Frankfurt a.M. 1998

Produktionsstätte von MaK-System übernommen hatte. Zuvor hatte der Anteilseigner Rheinmetall beschlossen, die Panzerproduktion in Kiel einzustellen.³ Ein weiteres Konversionsprodukt in Schleswig-Holstein war das Neigesystem für Schienenfahrzeuge der Firma Extel System Wedel (ESW). Und in der ehemaligen Marinewerft Nordseewerke, die bis 2009 zu Thyssen-Krupp Marine Systems gehörte, wurden von der Schaaf Industrie AG (SIAG) Bauteile für Offshore-Windenergieanlagen produziert.

Probleme bei der Umsetzung der alternativen Ideen

Bei der Umsetzung von Ideen zur alternativen Produktion müssen viele betriebliche Widerstände überwunden werden. Kai Burmeister, ehemaliger Koordinator des Betriebsräte-Arbeitskreises „Wehrtechnik und Arbeitsplätze“, stellte immer wieder fest, „dass viele gute Ideen sich in der praktischen Umsetzung nicht bewährt haben, weil sie oft von den Unternehmen nicht aufgegriffen wurden.“ (IGM-Website, 23.7.2010) So ließ beispielsweise die MBB-Geschäftsleitung in Augsburg sämtliche Vorschläge zu Produktdiversifizierung, die der 1982 ins Leben gerufene Arbeitskreis im Laufe von vier Jahren machte, ins Leere laufen. Schließlich misslang auch die auf Drängen der Arbeitnehmervertreter entstandene Projektinitiative „Produkte für den Umwelt- und Ressourcenschutz“ (PUR) der Stadt Augsburg und des Unternehmens MBB.

Die Realisierung von Konversionsprojekten scheiterte im wesentlichen aus zwei Gründen: Zum einen ist die Produktion von Rüstungsgütern trotz Auftragsrückgängen immer noch überproportional profitabel; so sind es besonders die politischen Anreize des Staates – neue Beschaffungsprogramme für die Bundeswehr und Lockerung der Genehmigung für Waffenexporte –, die die Unternehmen in den lukrativen Rüstungsmarkt ziehen. Zum anderen wird die Mitbestimmung von Beschäftigten und Interessenvertretungen über die Produktpalette – das „Was“, „Wie“ und „Wo“ der Produktion – von Eigentümern und Management als Eingriff in das unternehmerische Entscheidungsmonopol strikt abgelehnt.

Aktivitäten im Unterweserraum – „Waffenschmiede des Nordens“

Die Aktivitäten waren und sind erfolgreicher, wenn sie betriebliche und überbetriebliche Konversionsansätze miteinander verbinden und mit regionalpolitischen Zielsetzungen koppeln. Die Verknüpfung von konkreter Betriebspolitik mit wirtschafts- und strukturpolitischen Ansätzen erfordert zwar das Bohren harter Bretter, aber wenn betriebliche und regionale Akteure im Folge von Strukturwandel

³ Lutz Oschmann: Vossloh Lokbau im Aufwind, in: Rundbrief 1/2001, Arbeitskreise Alternative Produktion.

gezwungen sind, neue Beschäftigungsfelder zu erschließen, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Eine entsprechende Aufbruchsstimmung entstand Ende der 1980er Jahre im Unterweserraum. 1989 waren in Bremen neun Prozent der Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes direkt sowie 16 Prozent direkt und indirekt rüstungsabhängig. Zwölf große und mittelgroße Unternehmen waren Rüstungsbetriebe. Der bremische Rüstungssektor bestand zu 40 Prozent aus Elektronik, zu 31 Prozent aus Schiffsbau und -reparatur und zu 25 Prozent aus Luftfahrzeugbau und dem Bau sonstiger Fahrzeuge. Durch die veränderte globale Lage nach 1989 kam es in dieser Region zum Rückgang der Waffenproduktion. Es war dringend notwendig, strukturpolitisch zu handeln.

Eine im gleichen Jahr durchgeführte Tagung „Chancen für Rüstungskonversion“ war zugleich der Gründungskongress für die „Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung“. Die Akteure – gewerkschaftliche Arbeitsgruppen für Alternative Produktion, Wissenschaftler der Universität Bremen und die Stiftung – setzten auf eine breite gesellschaftspolitische Mobilisierung für Konversion. Dies führte zum Bremischen Konversionsprogramm (BKP). Insgesamt konnten in den Bremer Rüstungsunternehmen zwischen 1992 und 2001 über 60 betriebliche Umstrukturierungsprojekte gezählt werden.⁴ Dazu gehörten auch Initiativen in einigen Unternehmen wie die „Umstellung auf neue Technologien im Umwelt-, Verkehrstechnik- bzw. Meerestechnikbereich“. In diesem Kontext war der Arbeitskreis „Alternative Produktion“ der IG Metall Verwaltungsstelle Bremen besonders aktiv, der sich vorrangig für eine Rüstungskonversion bei Airbus und dem damals noch existierenden Luft- und Raumfahrtunternehmen VFW einsetzte.

Gewerkschaftliche Konversionsdebatte wieder aufnehmen

Zurück zur Gegenwart. Die von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel angekündigte restriktivere Genehmigungspraxis von Rüstungsexporten bedrohe, so klagten die Rüstungsmanager im Juli 2014 unisono, die Sicherheit von rund 80.000 Arbeitsplätzen in der Branche. Natürlich kann es keinen Zweifel daran geben, dass die Sorge der Beschäftigten in den Rüstungsbetrieben am Erhalt ihrer Arbeitsplätze nicht einfach beiseitegeschoben werden darf, sondern ernst genommen werden muss. Dennoch darf das Arbeitsplatzargument keine Rechtfertigung für Waffenlieferungen in Krisengebiete sein.

Umso dringlicher sind Konzepte für eine Konversions- bzw. Diversifikationspolitik, um den Widerspruch zwischen dem friedenspolitischen Engagement der Gewerk-

⁴ Vgl. Andrea Kolling: Rüstungskonversion 2013 – ein Neubeginn? Zum Beispiel das Bremer Konversionsprogramm, www.ag-friedensforschung.de, 25.10.2013.

schaften und dem Erhalt von Arbeitsplätzen aufzuheben. Den Beschäftigten muss klar sein: Eine dauerhafte, gute Beschäftigung ist langfristig nur mit der schrittweisen Umstellung auf zivile Güter zu bewerkstelligen. „Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden.“ (Resolution der Delegiertenversammlung der IGM Vst. Stuttgart v. 20.9.2014)

Einen ersten Anstoß zur Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Debatte zur Rüstungskonversion gaben die Delegierten 2007 auf dem IG Metall-Gewerkschaftstag in Leipzig, indem sie den Antrag der Verwaltungsstelle Hannover annahmen und den Vorstand aufforderten, „die Rüstungskonversionsansätze in der Metallwirtschaft weiterhin aktiv zu unterstützen und das ‚Aktionsprogramm Rüstungskonversion‘ (1998) zu aktualisieren“. Doch letztlich beschränkte sich die Debatte auf die Betriebsräte des „Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze“. Die Ergebnisse flossen in das Positionspapier der IG Metall „Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland“ (2012) ein.

Darin werden zwar die Unternehmen aufgefordert, „in zukunftsweisende neue zivile Produktsegmente (zu) investieren“, doch gleichzeitig wird festgestellt, dass „der Industriestandort Deutschland nicht von Forschung allein leben (kann), vielmehr müssen neue (Rüstungs) Produkte und Verfahren auch entwickelt und produziert bzw. angewendet werden.“ Dieser gleiche Spagat findet sich in den „Positionen der IG Metall“ für das Gespräch der Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben mit Sigmar Gabriel am 19. August 2014.⁵

Es ist deshalb dringend erforderlich, eine breite Debatte in den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit zu beginnen. Welche Konversionsalternativen gibt es? Wer sollte wie mit einbezogen werden? Wer sind Bündnispartner? Das Thema Rüstungsproduktion und -exporte und deren Auswirkungen sowie die Konversion muss in der IG Metall und auf dem Gewerkschaftstag 2015 in Frankfurt/Main sowie in der Öffentlichkeit wieder stärker thematisiert werden. Es ist notwendig gegen den Widerstand der Rüstungsindustrie und ein ideologisch motiviertes politisches Nichtstun, das am Ende den rüstungswirtschaftlichen Statusquo zementiert, die gewerkschaftlichen Kräfte und friedenspolitischen AktivistInnen zu mobilisieren – im Interesse einer friedlichen Zukunft.

Februar 2015

⁵ Wehr- und sicherheitstechnische Industrie: „Positionen der IG Metall« für das Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel am 19.8.2014 in Berlin.